

Die Erhabenheit des Richters soll den Geschworenen nicht nur den Sinn des Rechts, sondern vor allem eine Autoritätshörigkeit einflößen. Wenngleich Tocqueville also viel daran liegt, dass die Menschen sich zur Lösung ihrer Probleme zu Vereinigungen zusammenschließen, um diese selbständig zu lösen, soll ihnen durch die Institution des Geschworenengerichts klar gemacht werden, dass sie sich dabei stets an Personen höheren Ranges zu orientieren hätten. Die Autorität des Richters reiche daher weit über den Gerichtssaal in alle politischen Bereiche hinaus. Mit der gesamten Elite der Rechtskundigen, die er repräsentiert, werde sein Geist als überlegen anerkannt (DA: 319). Die von Tocqueville so gelobte »immer offene Schule« der Demokratie trägt schlussendlich dazu bei, dem Drang der Bürger, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen – oder mit anderen Worten: ihre Partizipation auch *effektiv* zu machen – ein weiteres Hindernis in den Weg zu stellen.

9 Zwischenfazit

Tocqueville hat keine eigene Theorie politischer Institutionen entwickelt: Weder verfügte er über einen ausgearbeiteten Begriff der Institution, noch glaubte er daran, dass sie für die Aufgaben, vor denen er sich und seine Zeitgenossen stehen sah, die entsprechende Lösung bereitstellen könnten. Das bedeutet jedoch nicht, dass er sich keine Gedanken über die institutionelle Ausgestaltung demokratischer Politik gemacht hat oder ihre Bedeutung herunterspielt. Wenn auch jeweils nicht das entscheidende Element, sind Institutionen für ihn ein wichtiger Bestandteil der Demokratie, wie seine Analysen im ersten Band von *Über die Demokratie in Amerika* zeigen. Obwohl er nicht davon ausgeht, dass die Zukunft der Demokratie in erster Linie eine Frage ihrer Institutionalisierung ist, hat er umfassende Überlegungen dazu angestellt, wie sie zumindest einen Beitrag zu einer in seinen Augen positiven Entwicklung leisten könnten. Tocqueville legt damit den liberalen Entwurf der institutionenpolitischen Ausgestaltung der defensiven Demokratisierung vor.

Die historische Entwicklung, so macht er deutlich, könne nicht mehr hinter die Etablierung der Demokratie, wie er sie erst in den USA und dann auch in Europa diagnostiziert, zurückfallen. Obwohl Tocqueville vielen Elementen des für ihn unwiederbringlich vergangenen aristokratischen Zeitalters mit Wehmut hinterherblickt – man denke an die sozialen Bande der aristokratischen Gesellschaft oder die Regierung durch »große«, moralisch integre Persönlichkeiten – ist es für ihn keine Option, diese wiederherzustellen. Seine Überzeugung und Strategie ist es, die historische Ankunft der Demokratie möglichst sanft zu gestalten. Aus seiner Perspektive eines Politikers und politischen Schriftstellers aristokratischer Herkunft heißt das, die nach seinem Verständnis gefährlichen Folgen der Demokratisierung bestmöglich abzufedern. Da mit dem Siegeszug der Demokratie für ihn auch das Prinzip der Volkssouveränität unhintergebar geworden ist, erklärt er sich mit vielen

institutionellen Aspekten derselben einverstanden: So erhebt er keinen Einspruch gegen das allgemeine Männerwahlrecht und legt großen Wert auf eine breite Partizipation der (männlichen) Bürger – nicht nur in den Wahlen, sondern auch in intermediären Institutionen wie Vereinen und Parteien, bei der lokalen Selbstregierung oder in den Geschworenengerichten. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass diese Partizipation für ihn weder einen Selbstzweck darstellt noch mit einer emanzipatorischen Absicht verbunden ist. Sein Einsatz für die meisten institutionellen Einrichtungen der Demokratie speist sich vor allem aus der Furcht vor einer drohenden »Tyrannei der Mehrheit« bzw. eines demokratischen Despotismus, den er in dem von »sozialistischen« Kräften geforderten demokratischen Wohlfahrtsstaat sieht.

Im Anschluss an diese Befürchtungen, die angesichts der Revolution von 1848 für Tocqueville durchaus real waren, entwickelt er seinen Demokratiebegriff in strikter Abgrenzung zu jeglichen sozialistischen Bestrebungen. Dazu kann auch die Entkopplung des Demokratiebegriffs von ihrem antiken Bedeutungsgehalt als einer spezifischen Regierungsform gedeutet werden, in der die *Menge* regiert. Institutionell geschieht das in erster Linie durch die Kategorisierung des Repräsentationsprinzips als *demokratisch*, wobei er mit der Ablehnung imperativer Mandate und den zweistufigen, indirekten Wahlen weitere institutionelle Stellschrauben angewendet sehen will, die die Möglichkeiten direkter und verbindlicher Partizipation der Bürger schmälern sollen. »Demokratie« dabei vor allem als Gesellschaftsform zu begreifen und dadurch die mit dem Begriff verbundene direkte Volksherrschaft zu tilgen, erleichtert die Akzeptanz bei möglichen liberal-konservativen Mitstreitern. Zudem lenkt dieses Vorgehen den Fokus auf die Vermittlungsinstanzen von Politik und Gesellschaft, die ihn an der Gesellschaft der USA, die über keine aristokratische Tradition verfügt, nachhaltig beeindruckt haben. Seine defensive Strategie der Abfederung der Demokratisierung zum Ziele der Verhinderung einer »Tyrannei der Mehrheit« und eines demokratischen Despotismus ist dementsprechend in diesem Bereich angesiedelt. Deshalb betont Tocqueville die Bedeutung »intermediärer Institutionen«, die den sozialen Zusammenhalt und damit die öffentliche Ruhe fördern sollen, indem sie die Einwohner der USA und bestenfalls auch Frankreichs zu verantwortungsvollen Bürgern erziehen, oder mit anderen Worten; zu *disziplinieren*. Tocqueville erhofft sich also insgesamt, die demokratische Politik in geordnete Bahnen zu lenken, sodass die wichtigsten Entscheidungsbefugnisse abgeschirmt von den Meinungen der Bevölkerung und insbesondere der »unteren Klassen« in den Händen einer Elite verbleiben, die zwar nicht mehr unbedingt aristokratischer Herkunft ist, aber sich wie die Rechtsgelehrten in Qualifikation und Gesinnung von der Mehrheitsgesellschaft abhebt. Tocqueville sieht hier keine Möglichkeiten vor, die zur Qualifizierung der »Massen« für diese Aufgaben beitragen könnten.

Wenngleich es sich bei Tocqueville nicht im engeren Sinne um einen Theoretiker politischer Institutionen handelt, hat er damit das Paradigma der modernen libe-

ralen Demokratie mitbegründet und viele nachfolgende Theorien und Politiken entscheidend geprägt. Wie ich in den beiden folgenden Teilen zu John Stuart Mill und Max Weber zeigen werde, hat vor allem seine institutionenpolitische Auseinandersetzung mit der sich in Europa vollziehenden Demokratisierung für seine Nachfolger wie John Stuart Mill und Max Weber Vorbildcharakter. Gleichwohl kommt er mit seinem Fokus auf die kulturellen und sozialen Aspekte moderner Vergesellschaftung hinsichtlich der Demokratisierung zu anderen Schlüssen als Mill und Weber.

